

50 Bundesparlamentarier: «Klare Verhältnisse bei Nationalstrassen»

Der Bund habe baureife Abschnitte aus dem Kantonsstrassennetz, die gemäss Vorschlag der Landesregierung dereinst in Bundesbesitz übergehen sollen, mittels Vorfinanzierung umgehend freizugeben: Dies fordert eine Motion von Nationalrat Urs Hany, Vorstandsmitglied des Fachverbands Infra. Der Zürcher will für die 19 Strassenteilstücke endlich klare Verhältnisse schaffen. Zu gross sei die Gefahr, dass niemand die notwendigen Projekte finanzieren wolle, bis die künftigen Zuständigkeiten endlich geregelt sind.

Fachverband
infra
infra-schweiz.ch

Die Vorlage über den Bundesbeschluss über das Nationalstrassennetz beabsichtigt, 19 Strassenabschnitte von 400 Kilometern Länge samt Unterhalts- und Betriebskosten aus dem Besitz der Kantone dem Bund zu übertragen. Seit bekannt ist, dass der Bund mit der Übernahme seine Beiträge an die Kantonsstrassen kürzen will, wehren sich die Kantone mit aller Vehemenz gegen die Vorlage. Eine solche Kompensation sei mit dem neuen Finanzausgleich weder nötig noch berechtigt, halten die Kantone fest. Der Bundesrat befürchtet ungerechtfertigte Mehrausgaben. Solange Bund und Kantone nicht einig werden, bleibt unklar, wer in Zukunft für die besagten 400 Kilometer Strassen zuständig sein wird.

Fachverband Infra hat Problem erkannt

Der Fachverband Infra wies bereits im Frühsommer 2008 öffentlich auf die Problematik hin. Die Kantone werden sich mit weiteren Investitionen in die Strassenteilstücke zurückhalten, waren sie doch bis anhin davon ausgegangen, dass sie ihnen über kurz oder lang nicht mehr gehören werden.

Ähnliches ist vom Bund zu befürchten. Nimmt er wie vorgeschlagen die 19 Strassenabschnitte ins Nationalstrassennetz auf, ohne seine Beiträge an die Kantone reduzieren zu können, fehlen ihm bis zu 350 Mil-



Urs Hany: Klare Verhältnisse bei Nationalstrassen. Foto: Parlamentsdienste

lionen Franken für Betrieb, Unterhalt und Ausbau des Nationalstrassennetzes.

Einigung nicht in Sicht

Einigen sich also die Kantone und der Bund nicht rasch, wirkt sich dies später negativ auf die Ausgaben der öffentlichen Hand aus.

Für die Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit unseres Strassennetzes ist eine langfristige Perspektive notwendig. Wird der bauliche Unterhalt von Strassen heute vernachlässigt, fällt er morgen umso teurer aus. Doch die Aussichten für eine schnelle Einigung stehen denkbar schlecht. Obwohl eine rasche Klärung der Verhältnisse nicht nur im Interesse des Bundes und der Kantone, sondern auch der Strassenbenützer und Steuerzahler wäre. «Ich gehe davon

aus, dass ein langwieriger Streit zwischen dem Bund und den Kantonen die Ausführung baureifer Nationalstrassenabschnitte massiv verzögern wird», meint Urs Hany.

Motion Hany regelt Übergangsphase

Der jüngste Vorstoss von Urs Hany und den fast 50 Mitunterzeichnenden soll hier Klarheit schaffen: Bis die Finanzierung zwischen Bund und Kantonen geregelt ist, sollen die baureifen Strassenabschnitte mittels Vorfinanzierung durch den Bund umgehend zur Ausführung freigegeben werden, fordert der Motionär.

Die Massnahme verhindert kostspielige Lücken im Unterhalt und Ausbau und setzt in Zeiten einer angespannten Wirtschaftslage die richtigen Signale. Vernachlässigte Verkehrsinfrastrukturen kommen die Schweizer Volkswirtschaft eines Tages teuer zu stehen. ■

www.infra-schweiz.ch